

EUROPA

Europawahl 2014 – quo vadis Europa?

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Die Europawahl 2014 wird stark durch die Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt – das hat auch Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger zur EU. Der Anteil derjenigen, die ein positives Bild von der EU haben, hat sich nach einer Eurobarometer-Umfrage von 2006 bis 2013 von 50 auf 31 Prozent verringert. Der Anteil derjenigen mit einem negativen Bild ist von 15 auf 28 Prozent gestiegen. Institutionell findet die Europawahl 2014 unter neuen Bedingungen statt: Sie ist die erste seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, der u. a. mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament und eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips beinhaltet. Auch sieht er vor, dass sich die Ergebnisse der Wahl direkt auf die Wahl des Kommissionspräsidenten auswirken. Daher haben die europäischen Parteien erstmals Spitzenkandidaten aufgestellt. Auch gilt zum ersten Mal bei der Europawahl keine Sperrklausel für den Einzug in das Europäische Parlament – eine Chance für kleine Parteien. Es ist zu erwarten, dass Parteien an den Rändern des Parteienspektrums Zuwächse erzielen. Zudem treten in zahlreichen Ländern euroskeptische Parteien an. Sie liegen in Frankreich, den Niederlanden, Griechenland, Italien, Großbritannien und Dänemark in Umfragen sogar an erster oder zweiter Stelle.

Der Wahlkampf ist stark von der weiter schwelenden europäischen Staatsschuldenkrise und deren negativen Auswirkungen insbesondere in den südeuropäischen Ländern geprägt. Zur Frage, wie die Krise gelöst werden soll, vertreten die deutschen Parteien z. T. recht unterschiedliche Positionen. Während z. B. CDU und FDP den

eingeschlagenen Weg der Stabilitätsunion weiter gehen wollen, fordert insbesondere Die Linke eine Abkehr von der Austeritätspolitik. Angesichts einer Jugend Arbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in einigen EU-Ländern ist ihre Bekämpfung ein wichtiges Wahlkampfthema. So fordert z. B. die SPD einen Jugendbeschäftigungsfonds und Die Linke einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Übernahme. Analog zum Koalitionsvertrag bzw. Forderungen auf nationaler Ebene sprechen sich SPD, Grüne und Die Linke für einen europaweiten Mindestlohn aus. Während die AfD eine Neuordnung des Euro-Währungsgebietes fordert, sprechen sich die übrigen Parteien für den Erhalt des Euro in der aktuellen Form aus. FDP und AfD fordern, ein Insolvenzrecht für Staaten und die Möglichkeit, dass einzelne Länder die Eurozone verlassen, ohne aus der EU austreten zu müssen.

Eine konsequente Weiterführung des Stabilitätskurses in Europa sowie die Ablehnung von Schuldentilgungsfonds und Eurobonds ist die gemeinsame Linie von CDU, FDP und AfD, während sich Die Linke für die Einführung von Eurobonds ausspricht. CDU, SPD, FDP und Grüne sprechen sich für die aktuell geplante Bankenunion aus – Die Linke fordert hingegen, die Banken zu entmachten und systemrelevante Banken zu verstaatlichen. Die AfD lehnt die Bankenunion ebenfalls ab, fordert jedoch, dass die Bankenaufsicht in nationaler Verantwortung verbleibt und Banken Staatsanleihen mit ausreichendem Eigenkapital unterlegen. Eine Finanztransaktionssteuer wollen CDU und SPD, während sich die FDP dagegen ausspricht. Zur Kompetenzverteilung zwischen

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Quo vadis Europa? Perspektiven der Wirtschaftspolitik nach der Europawahl 2014“ mit Prof. Dr. Dirk Wentzel (Jean Monnet-Lehrstuhl Hochschule Pforzheim) am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12, 10178 Berlin

nationaler und europäischer Ebene und der Kompetenzen des Europäischen Parlaments herrscht recht große Einigkeit. Die meisten Parteien sprechen sich für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und ein Initiativrecht für das Europäische Parlament aus. FDP und AfD wollen prüfen, ob Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückübertragen werden sollen.

Seit einiger Zeit schwindet in manchen Krisenländern und auch in einigen Geberländern das Gefühl, die Eurozone als Gewinn zu empfinden. Das hat dazu beigetragen, dass euroskeptische Parteien in vielen Ländern starke Unterstützung erfahren und voraussichtlich etliche Mandate für das Europäische Parlament erringen werden. Um ihre Positionen tatsächlich durchsetzen zu können, müssen sie nach der Wahl Mehrheiten für ihre Positionen organisieren. Angesichts der großen Heterogenität der euro- bzw. EU-skeptischen Parteien dürfte ihr Einfluss im Europäischen Parlament jedoch geringer sein, als dies die Anzahl ihrer Mandate erwarten lassen könnte. Für den weiteren Weg der Eurozone wird es entscheidender sein, wie euroskeptische Parteien bei nationalen Wahlen abschneiden.

Europawahl 2014: Ausgewählte wirtschaftspolitische Positionen deutscher Parteien

CDU

- Beibehaltung des Euro
- Wahrung des Subsidiaritätsprinzips
- Stabilitätsregeln konsequent durchsetzen, Stärkung der Haushaltskontrolle
- Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken
- Kein Schuldentilgungsfonds, keine Eurobonds
- Finanztransaktionssteuer, Bankenunion

Die Linke

- Beibehaltung des Euro, aber Ablehnung der bisherigen Rettungspolitik
- Europaweite Vermögensabgabe
- Entmachtung der Banken und Verstaatlichung von systemrelevanten Großbanken
- Eurobonds und direkte Staatsfinanzierung durch die EZB
- Abkehr von Austeritätspolitik, Ausgleichsfonds
- Europäische Sozialunion, europaweiter Mindestlohn, wöchentlich maximal 40 Std. Arbeit

SPD

- Beibehaltung des Euro
- Wahrung des Subsidiaritätsprinzips
- Europaweiter Mindeststeuersatz, Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen
- Sozialunion, u.a. europaweiter Mindestlohn
- Wachstumspakt von 120 Mrd. Euro und Jugendbeschäftigungsfonds, gleichzeitig konsequente Konsolidierungspolitik
- Finanztransaktionssteuer, Bankenunion

FDP

- Beibehaltung des Euro, Austrittsmechanismus für Euroländer, Insolvenzrecht für Staaten
- Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, ggf. Rückführung von Kompetenzen
- Kein Schuldentilgungsfonds, keine Eurobonds
- Wiederherstellung des No-bail-out-Prinzips
- Für Steuerwettbewerb, allerdings Bemessungsgrundlagen harmonisieren
- Bankenunion, gegen Finanztransaktionssteuer
- Verbesserung der Regeln des Binnenmarkts

Bündnis 90/Die Grünen

- Beibehaltung des Euro
- Wahrung des Subsidiaritätsprinzips
- Schuldentilgungsfonds und ggf. Eurobonds
- Europaweiter Mindeststeuersatz, Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen
- Europaweite Vermögensabgabe
- Europaweiter Mindestlohn
- Investitionsprogramm zur ökologischen Modernisierung (Green New Deal)

Alternative für Deutschland (AfD)

- Neuordnung des Euro-Währungsgebiets, Austrittsmechanismus, Insolvenzrecht für Staaten
- Stabilitätsunion, ESM auflösen, OMT beenden
- Keine Bankenunion, Bankenaufsicht in nationaler Verantwortung
- Binnenmarkt und Wettbewerb stärken, keine Wirtschafts- und Sozialunion
- Subsidiaritätsprinzip stärken durch Rückverlagerung von Kompetenzen